Straßenmarkt in Moskau: *„Scham über die gegenwärtige Lage des Landes“*

RUSSLAND

„So kann man nicht leben“

Silberstreifen nach sechs Jahren des Niedergangs: Die Inflation ist gestoppt, die Regierung zahlte rückständige Löhne nach. Doch Armut und Verfall schreiten fort, die gesellschaftlichen Gegensätze verschärfen sich, Rechtsradikale hoffen auf ihre Stunde. Endet Rußland wie Weimar?

Die Straßen sind übersät mit Glassplittern geleerter Wodkaflaschen. Auf jeden 43. Einwohner kommt eine Straftat. Die meisten davon werden im Rausch verübt.

Wer zum Schnaps günstig etwas essen will, Gemüse und Kartoffeln zum Beispiel, muß es im eigenen Schrebergarten ziehen. Die wilden Tauben sind längst alle gefangen und verzehrt.

Der trostlose Ort im malerischen Norden Rußlands, auf den Solowezki-Inseln im Weißen Meer, hat ein Kloster vorzuweisen, das die Unesco zu den architektonischen Schätzen der Menschheit zählt. Welt-Beglücker Wladimir Uljanow-Lenin mißbrauchte es als erstes Konzentrationslager der Roten; Weltbank-Schuldner Boris Jelzin ließ es auf den 500 000-Rubel-Banknoten abbilden, dem letzten Sinnbild der Geldentwertung, bevor am 1. Januar drei Nullen auf den Scheinen gestrichen wurden.

Und als wäre das alles noch nicht genug der Symbolik, heißt diese Gemeinde am nördlichen Ende Rußlands, in der es so armselig zugeht wie in den meisten Dörfern des potentiell reichsten Landes der Erde, auch noch „Kreml“ (Festung).

„Elend und Alkoholismus“ nennt das ehemalige Staatsblatt „Iswestija“ als „hervorstechendste Merkmale“ des Lebens auf den Solowezki-Inseln. Die Misere am Weißen Meer ist kein Sonderfall in einem gottvergessenen Winkel am Rande des Reiches, sondern ein Exempel für die Lebensweise Rußlands heute, auch mitten im fruchtbaren zentralrussischen Tiefland von Smolensk bis Swerdlowsk, von Wolgograd über sieben Zeitzonen bis Wladiwostok.

Die Reallöhne der Russen, bis 1995 um fast 40 Prozent gefallen, steigen seit 1996 wieder. Trotzdem muß jeder fünfte mit weniger als den statistisch fixierten 411 neuen Rubel (114 Mark) auskommen, die zum Überleben notwendig sind. Kinderbeihilfen

A. REISER / BILDERBERG

für bedürftige Familien decken maximal ein Fünftel der wahren Kosten.

Im Uno-„Bericht über die menschliche Entwicklung“ 1997 steht die Russische Föderation in der Rangordnung der Lebensqualität unter 175 Ländern auf Platz 67 – hinter Surinam. In nur einem Jahr fiel die Republik des immer wieder ans Krankenbett gefesselten Boris Jelzin („Die Abwärtsentwicklung ist gestoppt“) um zehn Plätze zurück.

Wird der Sturz nicht aufgefangen, fürchtet Literatur-Nobelpreisträger und Gesellschaftskritiker Alexander Solschenizyn den Abstieg „auf das Niveau eines zweitklassigen afrikanischen Landes“.

Rußland befinde sich „auf dem richtigen, auf einem vielversprechenden Weg“, verkündet trotz allem Vizepremier Anatolij Tschubais, der noch immer starke Mann bei Hofe: „Es geht aufwärts.“

Gewiß, es gibt auch gute Nachrichten aus Moskau: Die Inflation ist nach offiziellen Angaben auf elf Prozent im Jahr gesunken, „das ist fast schon Stabilität“, meint Jürgen Sterlepper von der Deutschen Bundesbank.

Es gibt keine Käuferschlangen mehr – Symbol des Staatssozialismus –, die Warenlager sind gefüllt, zum größten Teil mit Importen. Die Zahl der privaten Autos hat sich binnen sieben Jahren fast verdoppelt, jeder zwölfte Wagen stammt aus dem Ausland. Der dramatische Produktionsrückgang, der 1996 noch einmal sechs Prozent erreichte, ist zum Stillstand gekommen: Ein Prozent Wachstum gilt jetzt schon als Errungenschaft. Maschinenbau und Textilien legten sogar kräftig zu, die Autobauer gar um 14 Prozent.

Die Schattenwirtschaft, die sich den Steuerbehörden entzieht und damit auch der Statistik, schafft zudem geschätzte 25 Prozent des offiziellen Bruttoinlandsprodukts (BIP) – das freilich nach den amtlichen Angaben kaum höher ist als die wirtschaftliche Gesamtleistung der Niederlande, pro Kopf gar unter dem von Botswana oder Gabun liegt. Jedes zweite Unternehmen arbeitet mit Verlust. Die Exporte – fast nur Rohstoffe – nehmen nicht mehr zu, Investitionen gehen weiter zurück. Die Rechtsunsicherheit im Lande und die ungewisse politische Zukunft schrecken westliche Unternehmer ab.

Doch eine Frohbotschaft gab es: Im Juli wurden die meisten der monatelang einbehaltenen Renten nachgezahlt, zum 1. September empfingen die Soldaten ihren ausstehenden Sold, am Jahresende Beamte und Lehrer ihre Gehälter.

Wann der letzte Arbeiter den oft schon seit einem halben Jahr überfälligen Lohn bekommt, bleibt freilich weiter ungewiß: Auch private Arbeitgeber haben emsig Lohngelder zurückgehalten, insgesamt an die neun Milliarden Dollar.

Alle Erfolgsmeldungen der Politiker und Makroökonomen besagen nichts über die soziale Realität im Land. Neun von zehn Russen, ermittelte das unabhängige Institut für soziale und nationale Probleme in Moskau, empfinden häufig oder gelegentlich „Scham über die gegenwärtige Lage des Landes“; sie erleben als „Ungerechtigkeit, was um sie herum vorgeht“.

Das hat politische Konsequenzen, womöglich auch für die Stabilität der Demokratie, der ohne breiten Mittelstand das Fundament fehlt. In der nostalgischen Rückschau verklärt sich deshalb der Kasernen-Sozialismus der Vergangenheit, in dem sich fast alle gleich fühlen durften.

AP

Neujahrsschmuck in Moskau
„Vitrine des Kapitalismus“

Flugblätter mit sarkastisch-verzweifelten Parolen laufen um: „Ihr sagt, was wir hatten, sei kein Sozialismus gewesen. In Ordnung! Dann gebt uns wenigstens zurück, was es nicht war.“

Kommt der immer wieder verheißene, immer wieder ausgebliebene Aufschwung am Ende zu spät, hundert Meter vor dem Ziel wie 1932 beim deutschen Kanzler Heinrich Brüning – und mit ähnlich tragischen Folgen? Oder werden wieder nur die ganz oben davon profitieren?

Wie immer stehen Bergleute an vorderster Front des Widerstands. Das Proletariat des sibirischen Kohlereviers von Kemerowo, das schon am Ende der Sowjetzeit revoltierte und danach dem Volksfreund Boris Jelzin Vertrauen schenkte, forderte dessen Rücktritt. Viele hatten seit zehn Mo-

BILDERBERG

Neureichen-Party in Moskau
„Rußland der zwei Welten“

BILDERBERG

Obdachlose auf dem Kasaner Bahnhof in Moskau: *Ein Drittel der Einwohner ohne Lohn*

AFP / DPA

Mordopfer in St. Petersburg: *An der Spitze der Sterbestatistik steht gewaltsamer Tod*

naten keine Lohntüte mehr gesehen, sie wehren sich nun gegen die Aufteilung ihrer Schächte unter Moskauer Finanzhaie.

Länger als ein Jahr warten die Werktätigen der Flugzeugwerft Progress – sie gehört noch dem Staat – nordöstlich von Wladiwostok auf Löhnung. Einen letzten Hilferuf sandten sie an Vizepremier Boris Nemzow. Ignoriere die Regierung weiter ihre soziale Notlage, schrieben die Flugzeugbauer nach Moskau, „bleibt uns nur noch eine Chance: zur Schande unseres Staates die Uno zu bitten, uns und unsere Kinder vor dem Hungertod zu retten“.

Im Fernen Osten besetzten aufgebrachte Arbeiter eines Reparaturwerks für Atom-U-Boote tagelang die Gleise der Transsib-Eisenbahn. Im sibirischen Prokopjewsk nahmen empörte Lehrer den Leiter der örtlichen Schulbehörde als Geisel, um die Auszahlung ihrer Gehälter zu erzwingen.

Mitunter führt der Verlust aller Lebensperspektiven direkt in den Tod – wie bei den beiden Bergarbeitern Anatolij Pronin, 45, und Jewgenij Danilin, 37, die sich in Kisseljowsk vor aller Augen am hellichten Tag in die Luft sprengten.

Die Botschaft an die Herrschenden ist immer noch dieselbe, die einst Bert Brecht an die Adresse der kommunistischen Partei richtete: „Gehe nicht ohne uns den richtigen Weg, ohne uns ist er der falscheste.“

Der Moskauer Ökonom Nikolai Schmeljow, Reformtheoretiker der ersten Perestroika-Stunde, warnt davor, die „Grenzen gesellschaftlicher Geduld“ länger zu mißachten: Er beschwört die akute „Gefahr unkontrollierbarer Empörung in bestimmten sozialen Schichten und den Notstandsgebieten des Landes“. Mit den wachsenden sozialen Spannungen in der Armee, in den Kohle-Regionen, im Fernen Osten drohe die gegenwärtige „selbstgefällige Politik der herrschenden Kreise nicht nur amoralisch, sondern auch unrealistisch“ zu werden.

Krisensymptome tauchen überall auf; dazu gehört die Rückkehr längst besiegt geglaubter Krankheiten wie Diphtherie, Tuberkulose und Cholera, aber auch die rasche Entvölkerung nördlicher und fernöstlicher Regionen vom Eismeer bis zum Amur, wo Versorgung, Verdienstmöglichkeiten und staatliche Fürsorge zusammenbrechen. Auch Hungertote wurden von dort schon gemeldet.

Den wenigen reichen „neuen Russen“ steht die „neue Armut“ jener gegenüber, die schlechter leben als unter den Kommunisten: die Rentner, die Arbeitslosen, die um Lohn, Sold und Ersparnisse Betrogenen. Und vor allem Menschen, die in der Provinz wohnen.

Provinz aber, urteilt Irina Bussygina vom Europa-Institut der Akademie der Wissenschaften, „das ist in Rußland alles, was nicht Moskau ist“. Die Hauptstadt sei vom ausgeplünderten, ausgezehrten Land durch „einen gigantischen Abstand“ getrennt, sie sei eine Art „Vitrine allein des Moskauer Kapitalismus, nicht des russischen“.

Denn den gibt es praktisch noch gar nicht. Er ist eine Fiktion, von der neuen Moskauer Bourgeoisie mit Fleiß geschaffen und von deren westlichen Geschäftspartnern gern geglaubt.

Einheimische wie ausländische Aufstiegsoptimisten kennen oft nicht mehr als diese Vitrine. Sie wollen nichts wissen vom „Rußland der zwei Welten“ (Bussygina) – und geben deshalb ein Millionstel der Fläche des ganzen Landes, nämlich die glitzernden, boomenden 18,7 Quadratkilometer innerhalb des Moskauer Gartenrings, als Schaubild des ganzen Rußland aus.

Nach Regierungsangaben teilen sich die zehn Prozent der Bessergestellten rund ein Drittel der gesamten Geldeinkünfte. Das ärmste Bevölkerungszehntel dagegen muß sich mit 2,5 Prozent des Kuchens bescheiden. Das kapitalistische Rußland ist ein Klassenstaat.

Erhebungen des Akademie-Instituts für soziale und wirtschaftliche Probleme der Bevölkerung belegen, daß der „soziale Bodensatz“ in Wirklichkeit längst über diese Zehn-Prozent-Grenze hinausgewachsen ist: Nur jeder fünfte Bürger Rußlands hat sich bislang den marktwirtschaftlichen Bedingungen anzupassen vermocht.

Jedem vierten hingegen will und wird dieser Sprung nicht gelingen – der Abstieg ist unumkehrbar: „Diese Menschen“, urteilt Institutsdirektorin Natalja Rimaschewskaja, „nennen wir Outsider.“

Die Ausgegrenzten, so Sergej Kalaschnikow, Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Sozialpolitik, leben am Rande der Katastrophe: „Die schicken noch nicht einmal ihre Kinder in die Schule, weil sie ihnen keine Kleidung kaufen können.“

Die Zahl randständiger oder bereits kriminell gewordener Kinder und Jugendlicher hat sich im postsowjetischen Rußland fast verzehnfacht. Vier von fünf russischen

Kindern sind gesundheitlich geschädigt. Nur zwei Prozent der Neugeborenen waren 1995 völlig gesund, gerade 29 000 von insgesamt 1,5 Millionen. Die Säuglingssterblichkeit liegt bei 17 Fällen pro 1000 Geburten (Deutschland: 5). Selbst bei den 1- bis 14jährigen schnellte die Sterberate von 1995 auf 1996 um dramatische 35 Prozent in die Höhe.

Vor allem ihrer Kinder wegen bezieht Jelena Muchina, 36, im Wolga-Städtchen Uglitsch jeden Morgen pünktlich um acht ihren Posten hinter einem in matte Silberbronze getauchten Lenin auf dem Denkmalsockel. Dort verkauft sie Postkarten.

Bis vor drei Monaten arbeitete die Mechanikerin in der Uhrenfabrik Tschaika, dem größten Arbeitgeber des Bezirks. Doch seit der Betrieb seine Produktion eingestellt hat, muß Frau Muchina ihre beiden Töchter vom Erlös der bunten Karten durchbringen. Es gelingt mehr schlecht als recht: Schreibgerät und Sportkleidung müssen sich Wera, 7, und Ljubow, 8, ebenso teilen wie das Bett.

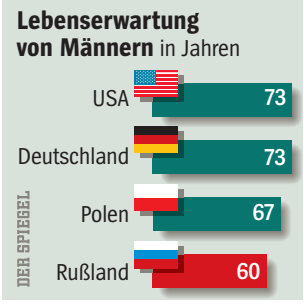
Larissa Kisseljowa, 28, zwei Kinder, studierte Radiotechnik und wartete danach zusammen mit ihrem Mann das Navigationsgerät des Flughafens von Kostroma. Doch der wurde stillgelegt. Nun verkauft die Ingenieurin auf dem Wochenmarkt mal Gurken, mal Tomaten, am Wochenende auch Kekse und Wodka unter freiem Himmel. Ihre Hoffnung: „Vielleicht fliegen mal wieder Flugzeuge."

Sozialexperte Kalaschnikow glaubt nicht an die Arbeitslosenquote der offiziellen Statistik von knapp zehn Prozent. Nur etwa drei Prozent haben sich auf den Arbeitsämtern gemeldet, viele Beschäftigte sind von ihren Betrieben ohne Lohn beurlaubt. Bereits ein Drittel der Erwerbsbevölkerung Rußlands, schätzt er, müsse ohne festen Lohn auskommen – mit abhängigen Familienangehörigen sind das insgesamt 48,5 Millionen Menschen. Der erfahrene Münchner Ostexperte Professor Werner Gumpel folgert, die nur sehr begrenzte soziale Absicherung der Arbeitslosen könne „die sozialen Spannungen im Lande bis hin zum Bürgerkrieg steigern".

Die durchschnittliche Lebenserwartung, dieser wichtige Indikator für das Wohlergehen des Volkes, macht den Verfall Rußlands besonders deutlich: Seine Männer können auf knapp 60 Lebensjahre rechnen (Deutschland: 73), seine Frauen auf gut 73 (Deutschland: 79).

Angesichts aller Anzeichen für eine demographische Talfahrt fragte die „Rabotschaja tribuna" bereits, ob es am Ende des nächsten Jahrhunderts noch Russen gebe.

Die Nation ist ernsten Erosionsschäden ausgesetzt – und sie leidet darunter schwerer als unter dem Verlust des Supermacht-Status. 1996 starben 786 000 Menschen mehr, als geboren wurden. Binnen vier Jahren schrumpfte die Bevölkerung aufgrund der negativen Geburtenrate um 3,5 Millionen Menschen oder 2,3 Prozent. „Rußland verliert sein wichtigstes Staatsgut – seine Bürger", warnte ein Ärztekongreß. So hat statistisch nur jeder zweite Jüngling gegenwärtig Aussicht, das staatliche Rentenalter von 60 Jahren zu erreichen – die Chancen waren vor hundert Jahren unter dem Zaren besser. Rußlands Männer werden 3mal häufiger ermordet, 6mal häufiger vom Auto erfaßt, 20mal häufiger vergiftet (zumeist durch Methylalkohol) als ihre Geschlechtsgenossen in Westeuropa und den USA.



Der gewaltsame Tod – durch Katastrophen aller Art, Arbeitsunfälle, Kriegsfolgen und Mord – ist seit 1993 an die Spitze der Sterbestatistik russischer Männer gerückt: deutlichster Ausdruck des sozialen, technischen und moralischen Niedergangs im Lande. Erst auf Platz zwei und drei folgen Zivilisationskiller wie Herz- und Kreislauferkrankungen.

Experten schätzen den Wodkaverzehr mittlerweile auf 14 Liter reinen Sprit pro Jahr und Seele. Nach Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation liegt die kritische Grenze bei 8 Litern; jeder Liter oberhalb der Schwelle kostet Rußland pro Jahr zusätzlich 65 000 Menschenleben.

Und 45 von 100 000 russischen Bürgern, über 66 000 im Jahr 1995, wählten freiwillig den Tod. Innerhalb von vier Jahren hat sich die Selbstmordrate im neuen Rußland verdoppelt. Sie übertrifft inzwischen die der USA um das Vierfache und die Deutschlands um das Doppelte.

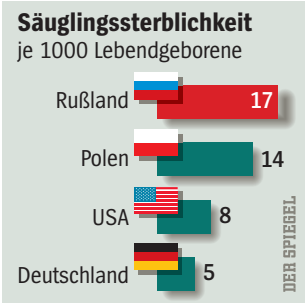
Schreitet die Entvölkerung fort, so leben Mitte des kommenden Jahrhunderts

G. LUDWIG / VISUM

Moskauer Rentnerin: *Schlechteres Leben als unter den Kommunisten*

nach Uno-Prognosen in Rußland 20 Millionen Menschen weniger als heute.

Der drohende Verlust knapp eines Siebtels der gegenwärtigen Gesamtbevölkerung von 147,2 Millionen gibt russischen Geostrategen durchaus Anlaß zur Sorge, denn einige nationale Minderheiten, heute etwa 25 Millionen Menschen, melden einen hohen Geburtenüberschuß, besonders die islamischen Völker im Kaukasus. Von dort und aus Mittelasien, vor allem aber aus dem unwirtlichen hohen Norden flüchten Russen ins Landesinnere.



Sie setzen sich auch massenhaft aus dem Fernen Osten ab – dort rücken Chinesen nach: Die kommen als ambulante Händler, gründen kleine Unternehmen, heiraten russische Frauen und erlangen per Einbürgerung das Recht zum Landkauf. Im Grenz-Rayon des Gebietes Wladiwostok machen chinesische Zuwanderer fast schon die Hälfte der Bevölkerung aus.

Auch aus dem Inneren Rußlands flüchten die Menschen: Verlassene Dörfer wie im Gebiet von Tambow, ganze von Moskau vernachlässigte Regionen wie jene längs der Flüsse Mama und Tschuja in Sibirien zeugen von unkontrollierter Migration; dort steht der soziale Zusammenbruch unmittelbar bevor.

Nach den Worten von Wiktor Maschinski, dem Duma-Abgeordneten des ostsibirischen Gebietes Irkutsk, sind 11 000 Menschen davon betroffen: „Der Staat hat sie im Stich gelassen, Verantwortliche sind geflohen, Schulen, Krankenhäuser und Fabriken geschlossen, dringend benötigtes Heizöl wird nicht geliefert.“ Ähnlich sieht es 30 Kilometer von Irkutsk entfernt in der Stadt Sajansk aus: Die Schulen dort seien bereits seit einem Jahr zu, Verbesserungen nicht in Sicht.

Seiner in Artikel 41 der Verfassung verankerten Pflicht, den Bürgern „kostenlosen Gesundheitsschutz und medizinische Hilfe“ zu gewährleisten, kommt der Staat im ganzen Lande nicht mehr nach. Ein gewöhnlicher Patient muß schon dem Erste-Hilfe-Doktor ungefähr zwei durchschnittliche Monatseinkommen zustecken, um überhaupt in ein Krankenhaus aufgenommen zu werden.

Zum Beispiel in der staatlichen Solowjow-Klinik von Jaroslawl. Die Aufnahmestation ähnelt einer ausgedienten Autowerkstatt: stumpfe rote Kacheln, einige Stapel abgestoßener Emaille-Waschschalen, zerschlissene Liegen, aus denen der Schaumstoff quillt.

Arzneimittel müssen Verwandte mitbringen, die Bettwäsche wird nur alle zehn Tage gewechselt. Die Instrumente sind laut Notarzt Anatolij Schemjakin, 26, „museumsreif“, die Apparate werden seit Jahren nicht mehr überprüft.

Auf der Chirurgischen Station gilt ein Stellplatz im Flur als Glücksfall. Sonst teilen sich 22 Patienten ein Zimmer. „Der Zar regte sich schon über eine Belegung mit 8 Kranken auf“, zitiert Schwester Natascha aus der Geschichte des Spitals. Einige Kollegen Schemjakins haben ihren Beruf aufgegeben und handeln jetzt mit Keksen oder Autos.

Eine Krankenschwester, eingesetzt zur Pflege chronisch kranker alter Menschen auf der Gerontologischen Abteilung des Städtischen Krankenhauses Nr. 3 in Koroljowo nahe Moskau, bekommt jetzt monatlich 210 neue Rubel Gehalt – plus etwa 170 Rubel von den Patienten, die für Pflege und Ernährung dem Hospital 90 Prozent ihrer Rente abführen müssen.

Die Nachzahlung der Pensionen gelang dem Staat nur mit Hilfe eines Kredits der Weltbank von 800 Millionen Dollar, gedacht für eine „Modernisierung der Sozialsysteme“. Renten, Lohn und Sold waren ausgeblieben, weil der Fiskus einen großen Teil der Steuern nicht eingetrieben hatte und weil angewiesene Gelder ihre Empfänger nicht erreichten: Nur ein Viertel der Rubel-Überweisungen aus Moskau kommt in der Regel bei den Behörden in der Provinz auch an.

Die Regionen verweigern im Gegenzug ihre Abgaben an den Bundeshaushalt, sie schuldeten der Zentrale bis Jahresmitte 72 Billionen Rubel (23 Milliarden Mark). Der Gouverneur von Irkutsk hatte sogar sämtliche Zahlungen nach Moskau vorübergehend eingestellt und seine Beamten mit den requirierten Geldern direkt bezahlt.

Nur 11 von 89 Regionen und Republiken des russischen Bundesstaats führen Einkünfte in den gemeinsamen Haushalt ab, der Rest ist auf Moskaus Subventionen angewiesen. In vielen Regionen ist das Bargeld ausgegangen: Im Gebiet Swerdlowsk kündigte Chef-Administrator Eduard Rossel bereits Notgeld an. Mancherorts funktioniert nur noch der Tauschhandel.

Der russische Staat hat kein Geld – nicht für die Armen, nicht für die Wissenschaft, nicht für die Soldaten, auch nicht für die Sicherheit in den Kernkraftwerken. Als Steuern nimmt er nur etwa 9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ein (Deutschland: 22,8 Prozent). Aber die Regierung subventioniert weiterhin die 1750 Waffenfabriken, die noch immer kollektivierte Landwirtschaft, die unrentable Kohleförderung.

Das daheim erwirtschaftete, oft genug zusammengestohlene Kapital befindet sich zum großen Teil auf der Flucht. 1996 noch wurden nach amtlicher Zählung fast zwölf Milliarden Dollar, nach glaubwürdigen Schätzungen eher doppelt soviel ins Ausland verbracht.

Jelzin, längst wieder bei einem Popularitätstief von nur sechs Prozent angekommen, tut derweil das, was er immer schon getan hat: Er verspricht Besserung. Am 26. Dezember hatte freilich auch der Präsident erkannt: „Es gibt wenig spürbare Fortschritte. Das Leben vieler unserer Mitbürger ist nach wie vor hart.“

Er denkt offenbar auch an eine Art internationalen Solidaritätszuschlag, um den Absturz seines Landes ins Dritte-Welt-Elend zu stoppen: „Wir sollten uns an die Führer im Ausland wenden“, sagte er seinem Kabinett. 1996 hatte Bonn drei Milliarden Mark Budgethilfe gewährt.

Die Anleger im Westen lockt Moskau mit hochverzinsten Anleihen und Eurobonds. Von der Weltbank gibt es Kredite nur unter strengen Auflagen, so ließ sich die Inflation bremsen. Offiziell betrug das Defizit des russischen Bundeshaushalts 1997 im ersten Halbjahr 4,1 Prozent vom BIP; der Internationale Währungsfonds (IWF) ermittelte dagegen 7,2 Prozent.

Auf Weisung des IWF sollen nun die Steuerrückstände strenger eingetrieben

AFP / DPA

Nationalbolschewisten in Moskau
„Bis hin zum Bürgerkrieg“

V. VELENGURIN / RPG

Russische Panzersoldaten: *„95 000 Offiziere haben kein Dach über dem Kopf“*

werden. Der Energiekonzern Gasprom zahlte vier Milliarden Mark nach. Importe (ein Fünftel unverzollt) sollen schärfer kontrolliert werden, der Kauf von Devisen kostet eine Sonderabgabe. Die Lotterie mit zwei Milliarden Mark Umsatz will der Fiskus der Mafia entwinden. Der Telefonkonzern Swjasinvest wurde privatisiert, das brachte 1,8 Milliarden, der Verkauf von Ölfirmen 1,3 Milliarden Mark.

Noch bevor sie sich richtig herausbilden konnte, ist die russische Bürgergesellschaft, so urteilt der sozialliberale Ökonom und Duma-Abgeordnete Grigorij Jawlinski, am Zusammenspiel „einer kriminellen Oligarchie mit einem neomonopolistischen Staat“ gescheitert. Auch die sprichwörtliche russische Leidensfähigkeit hat aber ihre Grenzen, wie in diesem Jahrhundert schon einmal bewiesen wurde. Und wo sich gewaltbereiter Widerstand formieren könnte, ist leicht absehbar: bei der extremen Rechten – und der Armee.

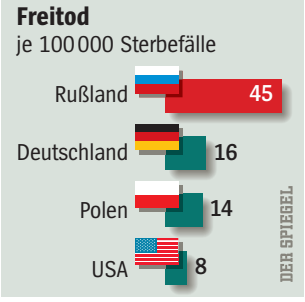
Deutschlands Eiserner Kanzler Bismarck beschloß im vorigen Jahrhundert, drohenden Massenunmut durch die ersten Sozialreformen abzuwenden, nachdem er die Berichte der Musterungskommissionen für die preußische Armee gesehen hatte. Die Ergebnisse der Frühjahrsmusterung in Rußland förderten Alarmierendes zutage: Jeder sechste Wehrpflichtige erschien mit deutlichen Anzeichen von Unterernährung, ebenso viele zeigten sich mehr oder weniger alkoholabhängig, jeder siebte war vorbestraft, jeder zwölfte Konsument diverser Rauschgifte. Bilanz: Jeder dritte erwies sich aus gesundheitlichen Gründen als untauglich fürs Militär.

Die Moral der Truppe ist ohnehin zerstört. Die Nordflotte zählte 32 Selbstmordversuche ihrer am Zahltag immer wieder vertrösteten Seeleute. In den nordrussischen Marine-Hospitälern liegen weitere 141 Kranke mit der Diagnose „Suizidverdacht“.

Nachdem er ein Jahr lang auf seine Löhnung gewartet hatte, nahm sich ein 24jähriger Oberleutnant das Leben. Von seinen letzten 7000 Rubel hatte er zuvor Brot für die Familie gekauft.

Igor Rodionow, in Ungnade entlassener Verteidigungsminister, kennt den Zustand des Offizierskorps: „95 000 Offiziere haben kein Dach über dem Kopf“, sie hausen „in Eisenbahnwaggons, Garagen, Zelten, am Arbeitsplatz“. Jeder fünfte hat seine Entlassung eingereicht.

Einer der wenigen aus Tschetschenien ohne Ehrverlust heimgekehrten Generäle, Lew Rochlin, seither Vorsitzender des Duma-Verteidigungsausschusses, warnt die Regierung: „Die Armee wird fahrlässig zerstört. Luftwaffenpiloten fliegen nicht, Panzerfahrer fahren keine Panzer, die Infanterie kann nicht mehr schießen.“



Der General weiß, was sich da zusammenbraut: Schon entstehen überall im Lande, offen und geheim, Offiziersausschüsse und Solidaritätskomitees. Flugblätter, die in den Kasernen verteilt werden, tragen als Überschrift den Titel eines Dokumentarfilms, der 1990 den Niedergang der Sowjetunion begleitete: „Tak schit nelsja“ – so kann man nicht mehr weiterleben.

Rußlandkenner Gumpel kommt zu dem Schluß, das Reich stecke in einem Teufelskreis: „Je länger die Krise währt, desto schwieriger wird es, aus ihr herauszufinden. Der Zerfall scheint unvermeidbar.“

Ein clownesker Chauvinist wie Wladimir Schirinowski hat seine Gefährlichkeit bereits bewiesen. Die Unausweichlichkeit eines „Rechtsrucks“ beschwört auch General a. D. Alexander Lebed, für wenige Monate Jelzins Alliierter und noch immer aussichtsreicher Anwärter auf die Nachfolge des Präsidenten. Der Bannerträger des patriotischen Lagers hält sich für den einzigen, der einen neuen Aufbruch frei von Umstürzen und Exzessen garantieren könne: Ohne ihn, glaubt Lebed, würde Rußlands rechtes Spektrum „unkalkulierbar, wild und zügellos“.

Wer aber Rußland rettet, behütet den Schlaf des übrigen Europa. ◆